



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

UPOV

RC/ad hoc/ 7

ORIGINAL: englisch

DATUM: 5. September 1978

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

GENEVE

AD HOC AUSSCHUSS FÜR DIE
REVISION DES ÜBEREINKOMMENS

Genf, 11. bis 15. September 1978

ZUSAMMENSTELLUNG DER BEMERKUNGEN ZU DEM ENTWURF EINES
REVIDIERTEN ÜBEREINKOMMENSvom Verbandsbüro ausgearbeitet

1. Die Dokumente DC/6 bis 8 sowie RC/ad hoc/2 und 4 bis 6 enthalten Bemerkungen von Staaten, von internationalen Organisationen und vom Verbandsbüro zu dem Entwurf eines revidierten Übereinkommens (Dokumente DC/3, DC/4 und DC/5).
2. Um die Vorbereitung der Diplomatischen Konferenz und die Erörterungen im Ad Hoc Ausschuss für die Revision des Übereinkommens zu erleichtern, hat das Verbandsbüro eine Zusammenstellung der bisher abgegebenen Bemerkungen vorbereitet. Diese Zusammenstellung ist in der Anlage zu diesem Dokument wiedergegeben. Da es sich um eine zusammenfassende Darstellung handelt, werden die Bemerkungen nicht in jedem Falle wörtlich wiedergegeben; dies gilt insbesondere für die Begründungen. Falls eine genaue Information gewünscht wird, sollten die Bemerkungen in der in den oben genannten Dokumenten wiedergegebenen Fassung herangezogen werden. Um dies zu ermöglichen, ist jeweils nach der Bezeichnung der Stelle, die diese Bemerkungen abgegeben hat, in Klammern die Fundstelle angegeben.
3. Um die Erörterungen weiter zu erleichtern, hat das Verbandsbüro die sich auf ein und denselben Artikel beziehenden Bemerkungen soweit wie möglich danach klassifiziert, inwieweit ihr Inhalt von dem zur Zeit in Kraft befindlichen Wortlaut abweicht; die am meisten abweichende Stellungnahme erscheint an erster Stelle, die am wenigsten abweichende Stellungnahme an letzter Stelle. Ist zu einem Artikel eine grössere Anzahl von Bemerkungen abgegeben worden, die sich auf unterschiedliche Aspekte dieses Artikels beziehen, so sind die Bemerkungen nach ihrem Inhalt untergruppiert worden, wobei in der Überschrift des entsprechenden Absatzes der Gegenstand kurz bezeichnet wird.

[Anlage folgt]

RC/ad hoc/7

ANLAGE

ZUSAMMENSTELLUNG DER BEMERKUNGEN ZU DEM ENTWURF EINES
REVIDIERTEN ÜBEREINKOMMENS

1. Generelle Bemerkungen

Barbados (Dokument DC/6, Anlage II)

Es wird nicht erwartet, dass das Übereinkommen unmittelbare Vorteile für Barbados hat.

Pakistan (Dokument DC/6, Anlage IV)

Die Dokumente stehen den Bedürfnissen Westeuropas näher und sind auf die in Pakistan vorherrschenden Verhältnisse kaum anwendbar, da Pakistan nicht über ein System von Züchterrechten oder von Lizenzen an neuen Pflanzensorten verfügt. Die besagten Dokumente behandeln im wesentlichen den Schutz von Pflanzenzüchtungen und die Rechte von Pflanzenzüchtern sowie ähnliche Fragen. Da in den meisten asiatischen Ländern und besonders in Pakistan die Arbeit, die sich auf die Züchtung von Pflanzensorten bezieht, im wesentlichen von Regierungsstellen durchgeführt wird, sind das System und die Verfahrensvorschriften für die Zahlung von Lizenzgebühren an Pflanzenzüchter nicht von unmittelbarer Bedeutung für Pakistan.

Schweden (Dokument DC/6, Anlage V)

Die schwedische Regierung ist im allgemeinen mit dem gegenwärtigen Wortlaut des Übereinkommens zufrieden. Einige der vorgeschlagenen Änderungen stellen nach Ansicht der schwedischen Regierung keine Verbesserung des Übereinkommens dar. Wird der revidierte Wortlaut angenommen, so könnte dies zu einer Verwässerung der Einheitlichkeit der Gesetze in den Verbandsstaaten führen. Einige der Änderungen werden allerdings vorgeschlagen, um es für bestimmte Staaten, die gegenwärtig nicht Mitglieder der UPOV sind, leichter zu machen, dem Übereinkommen anzugehören. Aus diesem Grund kann die schwedische Regierung, von einer Ausnahme abgesehen, den vorgeschlagenen revidierten Wortlaut annehmen.

2. Allgemeine Vorschläge

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 1)

Die Weise, in der andere Bestimmungen des Übereinkommens zitiert werden, sollte harmonisiert werden. Es wird vorgeschlagen, in dem gesamten Übereinkommen auf Bestimmungen gemäß dem folgenden, aus Artikel 2 Absatz 2 entnommenen Beispiel zu verweisen: "[den Anforderungen des] Artikel[s] 6 Absatz 1 Buchstaben c und d" und nicht etwa: "[den Anforderungen der] Unterabsätze (c) und (d) des Absatzes 1 des Artikels 6". Dies würde den Text straffen und vereinfachen sowie seine Lesbarkeit verbessern. Im Falle der Annahme dieses Vorschlages wäre im deutschen Wortlaut des Übereinkommens Artikel 22 zu ändern. Im englischen und französischen Wortlaut wären mit Rücksicht auf vergleichbare Vorschläge Änderungen in den Artikeln 2 Absatz 2, 4 Absatz 3 Buchstabe c, 4 Absatz 5, 10 Absatz 1, 37 Absatz 1 und 40 Absatz 1 vorzunehmen (Numerierung wie in Dokument DC/5).

Ausserdem sollte erörtert werden, ob im Interesse der Einheitlichkeit auf einen vorausgehenden Absatz oder Unterabsatz des gleichen Artikels in der Form verwiesen werden sollte, dass auch noch die Wörter "dieses Artikels" angefügt werden. Bezugnahmen auf solche Absätze (und Unterabsätze) finden sich in den folgenden Bestimmungen: 3 Absatz 3, 4 Absatz 4, 4 Absatz 5, 5 Absatz 4, 12 Absatz 2, 12 Absatz 3, 13 Absatz 8, 13 Absatz 9 Buchstabe b, 13 Absatz 11, 33 Absatz 2, 33 Absatz 3, 36 Absatz 3 Buchstaben a und b, 37 Absatz 3 und 40 Absatz 2 - in Dokument DC/5 - sowie - in Dokument DC/4 - in Artikel 13 Absatz 4 Buchstabe b und Absatz 7.

3. Artikel 1 Absatz 1

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 1)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 1 wie folgt zu ändern:

"(1) Zweck dieses Übereinkommens ist es, dem Züchter einer neuen Pflanzensorte ... unter den nachstehend festgelegten Bedingungen ein Recht zuzuerkennen [und zu sichern] und den Schutz eines solchen Rechtes zu sichern."¹

Begründung: Die beiden unterschiedlichen Stufen der Rechtsgewährung, nämlich die Anerkennung des Rechts (einschliesslich der Anmeldung durch den Züchter, der Prüfung der Anmeldung und der Erteilung des Schutzrechtes) und der Schutz des Rechtes (der unter anderem die Befugnisse des Schutzrechtsinhabers und die Schutzdauer umfasst), sollten bereits in dem ersten Artikel des Übereinkommens klar angegeben werden.

4. Artikel 2 Absatz 1

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 1)

Es wird vorgeschlagen, den ersten Satz wie folgt zu ändern:

"(1) Jeder Verbandsstaat kann das in diesem Übereinkommen vorgesehene Züchterrecht durch die Gewährung eines besonderen Schutzrechtes oder eines Patents zuerkennen und schützen."

Begründung: Es handelt sich um eine Folge der vorgeschlagenen Ergänzung zu Artikel 1 Absatz 1. Die Zuerkennung ist nur eine Stufe der Rechtsgewährung. In gleicher Weise wichtig ist der Schutz des Rechts; dies bedeutet, dass ohne die Wörter "und schützen" dieser Absatz unvollständig wäre.

5. Artikel 2 Absatz 2

Frankreich (Dokument RC/ad hoc/4, Anlage)

Der neue Wortlaut von Artikel 2 Absatz 2, insbesondere dessen französische Fassung, dürfte noch nicht befriedigen; vor allem die Wiedergabe des englischen Wortes "assemblage" durch den französischen Ausdruck "ensemble" ist keine gute Lösung. Die französische Delegation wird sich um eine neue Formulierung bemühen.

¹ Die zu streichenden Wörter sind in eckige Klammern gesetzt, hinzuzufügende Wörter sind unterstrichen. Dies gilt auch für die folgenden Formulierungsvorschläge.

AIPH¹ (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 1)

Der neue Wortlaut wird angenommen.

6. Artikel 2 Absatz 3

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seite 1)

Artikel 2 Absatz 3 sollte abgelehnt werden, da er im Vergleich zum gegenwärtigen Wortlaut eine Einschränkung darstellt.

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 1)

Der neue Wortlaut wird angenommen.

7. Artikel 3 (Erste Frage: Zweckmässigkeit des Gegenseitigkeitsgrundsatzes)

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 1)

AIPH ist gegen den neuen Artikel 3 Absatz 3, da er mit dem Bedürfnis, die Mitgliedsschaft der UPOV zu erweitern, in Widerspruch steht. Ein Verbandsstaat darf nicht befugt sein, den Schutz auf eine Art zu beschränken, die auch in einem anderen Staat geschützt werden kann.

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seite 2)

Es wird angeregt, den Grundsatz der Gegenseitigkeit, wie er in Artikel 3 Absatz 3 (Artikel 4 Absatz 4 des gegenwärtigen Wortlauts) zum Ausdruck kommt, allgemein zu überprüfen; es wird der Wunsch ausgesprochen, Artikel 4 Absatz 5 des gegenwärtigen Wortlauts beizubehalten.

Begründung: Die Züchter sind daran interessiert, Schutz in so vielen Staaten wie möglich zu geniessen. Das Prinzip der Inländerbehandlung dürfte das einzige Prinzip sein, das geeignet ist, die internationale Zusammenarbeit und die Herbeiführung der rechtlichen Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der Verbandsstaaten zu fördern.

8. Artikel 3 (Zweite Frage: Redaktion)

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 1)

Siehe die englische Fassung dieses Dokuments.

¹ AIPH-Bemerkungen wurden vom Ausschuss für Neuheitenschutz dieser Organisation angenommen.

9. Artikel 3 (Dritte Frage: Auslegung)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 7)

Es stellt sich die Frage, ob Artikel 3 Absatz 1 in der Weise ausgelegt werden kann, dass er es einem Verbandsstaat gestattet, einem Angehörigen eines anderen Verbandsstaates weniger Schutz zu gewähren als seinen eigenen Staatsangehörigen, oder genauer gesagt, nur soviel Schutz, wie der andere Verbandsstaat vorsieht. Wird diese Frage bejaht, so stellt sich die weitere Frage, ob ein Verbandsstaat einem Staatsangehörigen eines anderen Verbandsstaates nicht dann weitergehende Rechte als seinen eigenen Staatsangehörigen gewähren müsste, wenn dieser andere Staat weitergehende Rechte gewährleistet.

10. Artikel 3 (Vierte Frage: Anwendung auf nationaler Ebene)

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seite 1)

Es wird davon ausgegangen, dass das Patent- und Warenzeichenamt weiterhin Inländerbehandlung nach den Bedingungen und unter den Voraussetzungen der Artikel 2 und 3 des Pariser Verbandsübereinkommens [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] gewähren kann. Das Sortenschutzamt würde Rechte nach dem Gegenseitigkeitsgrundsatz gemäss Absatz 3 gewähren.

11. Artikel 4 Absatz 3 (Erste Frage: Erstreckung des Schutzes auf "wichtige Arten")

Frankreich (Dokument RC/ad hoc/4, Anlage)

Es wäre zweckmässig, in Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe a zu bestimmen, dass die fünf Gattungen oder Arten aus den Hauptkulturarten des betreffenden Staates ausgewählt werden sollten.

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 8)

Die Streichung der Anlage zum Übereinkommen wird unterstützt. Es wird vorgeschlagen, am Ende von Absatz 3 Buchstabe a die Wörter "aus seinen Hauptkulturarten" einzufügen.

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 1)

Es wird vorgeschlagen, einen Absatz anzufügen, der die Verbandsstaaten verpflichtet würde, ihre Hauptkulturarten zu schützen, das bedeutet, diejenigen Arten, die für ihren internationalen Handel von Bedeutung sind.

12. Artikel 4 Absatz 3 (Zweite Frage: Anzahl der schutzfähigen Gattungen und Arten)

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seite 2)

Es wird vorgeschlagen, Unterabsatz Buchstabe b Ziffer iii wie folgt neuzufassen:

RC/ad hoc/7
Anlage, Seite 5

[Jeder Verbandsstaat wendet das Übereinkommen...]

"(iii) binnen acht Jahren auf jede Gattung oder Art an, auf die einer der Verbandsstaaten das Übereinkommen anwendet und in bezug auf welche dieser andere Staat bereits in der Lage ist, die der Erteilung vorausgehende Prüfung nach Artikel 7 durchzuführen."

Ferner wird vorgeschlagen, Unterabsatz c zu streichen.

Begründung: Der Hauptzweck von Artikel 4 Absätze 3 und 4 besteht darin, den technischen und finanziellen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen, denen bestimmte Staaten beim Aufbau von Prüfungseinrichtungen für jede Art gegenüberstehen. Diese Bestimmungen führen zu einem wirtschaftlichen Rückstand und zu bedauerlichen Unterschieden im internationalen Handel und Sortenschutz, im wesentlichen wegen der Nachteile des gegenwärtigen Artikels 5. Darüberhinaus kann die Mindestanzahl von Arten entweder zu niedrig oder zu hoch sein, je nachdem wie der Entwicklungsstand eines jeden Landes ist. Eine internationale Zusammenarbeit scheint bessere und positivere Möglichkeiten für das Anwachsen des Mitgliederbestands der UPOV zu bieten.

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seiten 1 und 2)

Es wird vorgeschlagen, in den Unterabsätzen a und b die Wörter "oder Art" zu streichen.

Begründung: Die vorgeschlagenen Absätze 3 Buchstaben a und b sind so formuliert, dass es einem Staat, der nicht mehr als 24 Arten einer einzigen Pflanzengattung schützt, ermöglicht würde, dem Übereinkommen anzugehören. Es stellt sich die Frage, ob mit diesen Bestimmungen beabsichtigt wird, die Mitgliedsschaft im Verband einem Staat zu ermöglichen, der den Pflanzenzüchtern nur einen derartig beschränkten Schutz gewährt, oder ob ihre unangemessene Enge die Folge eines Redaktionsversehens ist. Die vorgeschlagene Änderung würde es dem Rat gleichwohl gestatten, auf der Grundlage von Absatz 4 neue Mitgliedsstaaten aufzunehmen, die nicht in der Lage sind, einen breiteren Schutz zu gewähren.

13. Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c (Dritte Frage: Redaktion)

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 1)

Siehe die englische Fassung dieses Dokuments.

14. Artikel 5 Absatz 1 (Erste Frage: Obligatorischer Schutz des Endprodukts)¹

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seiten 1 und 2)

AIPPI (Dokument DC/7, Anlage II, Seite 3)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 9)

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seiten 3 bis 5)

FIS (Dokument DC/7, Anlage IV, Seite 9)

Diese Organisationen regen entweder an, dass der obligatorisch vorgeschriebene Schutzzumfang im Falle von (vegetativ vermehrten) Zierpflanzen auf das Endprodukt erstreckt wird, oder unterstützen einen solchen Vorschlag.

¹ Siehe auch Abschnitt 15

Von der CIOPORA vorgeschlagener Text

"(1) Das dem Züchter einer Sorte gewährte Recht hat die Wirkung, dass seine vorherige Zustimmung erforderlich ist, um generatives oder vegetatives Vermehrungsmaterial dieser Sorte [als solches] [zum Zwecke des gewerblichen Absatzes] zu gewerblichen Zwecken zu erzeugen und zu nutzen, sowie feilzuhalten oder gewerbsmässig zu vertreiben. Zu dem vegetativen Vermehrungsmaterial gehören auch ganze Pflanzen. [Dritter Satz gestrichen.]

(2) [neu] Im Falle vegetativ vermehrter Zierpflanzen erstreckt sich das Recht des Züchters auf Pflanzen oder Teile von Pflanzen, die üblicherweise nicht zu Vermehrungszwecken gewerbsmässig vertrieben werden."

Einschränkungen des Schutzes des Endprodukts

AIPH verlangt, dass die Züchter weder in die Lage versetzt werden noch es ihnen gestattet sein wird, Lizenzgebühren auf mehr als einer Stufe des Erzeugungs- und Vermarktungsprozesses zu erheben, und dass Züchter diese Gebühren nur entweder auf der Grundlage des Vermehrungsmaterials oder auf der Grundlage des Endprodukts sollten erheben können. In den Verbandsstaaten sollten sie diese Gebühren auf der Grundlage des Vermehrungsmaterials erheben.

CIOPORA meint, dass der folgende Satz dem neuen Absatz 2 hinzugefügt werden könnte (um der oben genannten Forderung zu genügen):

"Jedoch kann die Lizenzpflichtigkeit aus einem solchen Recht sich in den Verbandsstaaten nicht auf Vertriebshandlungen erstrecken, wenn die Pflanzen oder Teile von Pflanzen, auf die sich diese Handlungen beziehen, in einem der genannten Staaten durch den Züchter oder mit seiner ausdrücklichen Zustimmung in Verkehr gesetzt worden sind."

AIPH verlangt ferner, dass die Erstreckung des Schutzes nicht von einer Etikettierung oder sonstigen Markierung des Erzeugnisses abhängig sein oder eine solche zur Folge haben darf und dass das Übereinkommen ausdrücklich vorsieht, dass eine Etikettierung unnötig ist und von dem Züchter dem Lizenznehmer nicht auferlegt werden kann.

Begründung:

AIPPI: Eine neue Sorte, jedenfalls eine Ziersorte, zielt auf eine neue Gestalt, Farbe oder Duftnote der Pflanze oder Blume. Ein erweiterter Schutz sollte zwingend vorgeschrieben werden, damit der Züchter nicht durch Einfuhr des Erzeugnisses aus Ländern, in denen kein Schutz besteht, um sein Entgelt gebracht wird.

Die Lage ist vergleichbar zu dem Verfahrensschutz auf dem Gebiet der chemischen Patente; dort ist es anerkannt, dass auch das Endprodukt des Verfahrens geschützt werden sollte; diesbezügliche Bestimmungen sind in den meisten nationalen Gesetzen enthalten und kürzlich auch in übernationalen Vereinbarungen übernommen worden.

Wird der Mindestschutzzumfang nicht erstreckt, sollten die nationalen Gruppen der AIPPI mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu erreichen versuchen, dass der Schutz durch die nationalen Gesetze wenigstens für Zierpflanzen auf das Endprodukt erstreckt wird.

ASSINSEL: Es ist nicht vertretbar, dass ein Züchter in der Ausübung seiner Rechte dadurch behindert wird, dass seine Lizenznehmer dem Wettbewerbsdruck durch Endprodukte ausgesetzt sind, die aus Vermehrungsmaterial erzeugt sind, für die keine Lizenz bezahlt wurde.

Die gleiche Lage kann sich bei anderen als Zierpflanzen ergeben (Kartoffeln, Erbsen, Bohnen usw.). Da ein solcher Fall zur Zeit noch theoretisch ist, wird im Augenblick kein Vorschlag gemacht, jedoch wird erwartet, dass innerhalb von fünf Jahren formelle Vorschläge gemacht werden.

Die Auffassung des Sachverständigenausschusses für die Auslegung und Revision des Übereinkommens, dass eine Umwandlung des wahlweisen Charakters von Absatz 4 in eine zwingende Vorschrift bei Zierpflanzen die Ratifizierung oder den Beitritt zu dem revidierten Wortlaut erheblich gefährden könnte, wird nicht geteilt, da Staaten, die den Absatz 4 nicht so anwenden wollen, als wenn es sich um eine Verpflichtung handle, damit beweisen, dass sie noch nicht in der Lage sind, den Züchtern einen angemessenen Schutz zu gewährleisten.

CIOFORA: Es wird bedauert, dass der Sachverständigenausschuss für die Auslegung und Revision des Übereinkommens es nicht für notwendig gehalten hat, Artikel 5 des gegenwärtigen Wortlauts zu ändern, hauptsächlich aus dem Grund, dass eine "Ausdehnung" des in Absatz 1 vorgesehenen Mindestschutzes die Ratifizierung oder den Beitritt zu dem neuen Wortlaut gefährden könnte.

Der "Mindest"schutz ist eine Illusion, und es handelt sich nicht nur um eine "Ausdehnung" des Rechts, sondern darum, sicherzustellen, dass das Mindestrecht in normaler Weise ausgeübt werden kann.

Der einzige wirtschaftliche Zweck vieler Zierpflanzen besteht darin, Schnittblumen zu erzeugen, und der Züchter verwertet, überträgt oder lizenziert das Recht, Schnittblumen herzustellen und zu verkaufen, und nicht Vermehrungsmaterial.

Der Handel mit Schnittblumen ist international, und die Erzeugungsgebiete verlagern sich mehr und mehr aus den gegenwärtigen Verbandsstaaten der UPOV in Nichtverbandsstaaten.

Bei der wirklich ersten Arbeit an einem Sortenschutz haben selbst die Sachverständigen die Notwendigkeit anerkannt, die Vermarktung von Schnittblumen als solche zu schützen (siehe die Empfehlung Nr. 6 zur Schlussakte der Pariser Konferenz vom 7. bis 10. Mai 1957).

Der letzte Satz von Absatz 1 hat sein Ziel nicht erreicht, da nur die Vermehrung von Organen, die sich auf den Pflanzen oder Schnittblumen befinden, Gegenstand des Schutzes ist, während die Pflanzen und Blumen als solche geschützt werden müssten, um es dem Züchter zu gestatten:

(i) den Anbau seiner Sorte in den Verbandsstaaten der UPOV wirksam zu überwachen und

(ii) seinen Lizenznehmern, die in Verbandsstaaten der UPOV Schnittblumen produzieren, das Recht zu garantieren, ihre Lizenz gegenüber Importen aus Pflanzen oder Schnittblumen aus Nichtverbandsstaaten unbehindert geltend zu machen.

Der von mehreren Sachverständigen erhobene Einwand, dass der Schutz von Schnittblumen es dem Züchter gestatten würde, mehrfach Lizenzzahlungen auf den verschiedenen Stufen der Vermarktung seiner Sorte zu verlangen, ist völlig unbegründet, da selbst in den Staaten, in denen ein solcher Schutz besteht, die Züchter Lizenzgebühren nur einmal erhalten. Diese Bedenken könnten beseitigt werden, wenn dem vorgeschlagenen Absatz 2 des neuen Wortlauts der Satz hinzugefügt würde: "Jedoch kann die Lizenzpflichtigkeit... (siehe oben)"; dieser Satz ist durch Artikel 32 des Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt¹ inspiriert worden.

FIS: Die technische Entwicklung könnte den Schutz des Endprodukts auch für den gartenbaulichen und landwirtschaftlichen Bereich erforderlich machen. Zur Zeit wird kein Vorschlag gemacht.

¹ Artikel 32 des Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt lautet:

"Erschöpfung des Rechts aus dem Gemeinschaftspatent.

Das Recht aus dem Gemeinschaftspatent erstreckt sich nicht auf Handlungen, die ein durch das Patent geschütztes Erzeugnis betreffen und im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten vorgenommen werden, nachdem dieses Erzeugnis von dem Patentinhaber oder mit dessen ausdrücklicher Zustimmung in einem dieser Staaten in Verkehr gebracht worden ist, sofern keine Gründe vorliegen, die nach dem Gemeinschaftsrecht die Erstreckung des Rechts aus dem Gemeinschaftspatent auf solche Handlungen rechtfertigen würden."

15. Artikel 5 Absatz 1 (Zweite Frage: Empfehlung zum Schutz von Schnittblumen)

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seite 1)

Es wird angenommen, dass es für die Diplomatische Konferenz angezeigt ist, den Verbandsstaaten Massnahmen zu empfehlen, um Schnittblumen in ihrem nationalen Recht zu schützen. Der Sachverständigenausschuss für die Auslegung und Revision des Übereinkommens hat in seiner Tagung im September 1977 eine entsprechende Empfehlung für den Schutz von Jungpflanzen für wünschenswert erklärt. Die beiden Empfehlungen könnten miteinander verbunden werden.

Begründung: Aus praktischen Erwägungen sollte der Schutz von Schnittblumen der Entscheidungsbefugnis der Verbandsstaaten überlassen bleiben, wie dies jetzt nach Absatz 4 der Fall ist.

Ob die Ausübung der Züchterrechte den unerlaubten Verkauf von Schnittblumen erfolgreich verhindern kann, hängt im wesentlichen von der Befugnis des Züchters ab, deren Einfuhr zu untersagen. Die Züchter haben festgestellt, dass viele Länder (darunter die Vereinigten Staaten) nicht über Gesetze verfügen, die diesem Zweck vollkommen entsprechen. Eine Vorschrift im Übereinkommen, diesen Schutz vorzusehen, würde die Zugehörigkeit zum Verband für viele Staaten schwierig oder unmöglich machen. Der Schutz der Züchter wird am besten gewährleistet, wenn das Übereinkommen auf breiter Basis angenommen wird; diesem Ziel könnten die Vorschläge [den Schutz auf Schnittblumen zu erstrecken] aber entgegenwirken. Auf der anderen Seite sollten die Züchter jeden möglichen Anreiz erhalten, um neue Sorten hervorzubringen.

16. Artikel 5 Absatz 1 (Dritte Frage: Umgehung des Schutzes)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 8)

Es wird vorgeschlagen, den ersten Satz wie folgt zu fassen:

"Das dem Züchter einer Sorte gewährte Recht hat die Wirkung, dass seine vorherige Zustimmung erforderlich ist, um generatives oder vegetatives Vermehrungsmaterial der Sorte [als solches] zu gewerblichen Zwecken¹ zum Zwecke des gewerbsmässigen Absatzes] zu erzeugen, sowie feilzuhalten und [oder] gewerbsmässig zu vertreiben."

Begründung: Nach dem gegenwärtigen Wortlaut kann Vermehrungsmaterial einer geschützten Sorte, das nicht als solches Material für Zwecke des gewerbsmässigen Absatzes erzeugt worden ist (also nicht als Vermehrungsmaterial), frei feilgehalten oder vertrieben werden.² Der gegenwärtige Wortlaut ist fehlerhaft, da er unterstellt, dass die Bestimmung von Pflanzenmaterial zum Zeitpunkt seiner Erzeugung immer bekannt ist. Fälle, in denen Pflanzenmaterial oder ein Teil hiervon ursprünglich nicht für Zwecke des gewerblichen Absatzes von Vermehrungsmaterial erzeugt wurde, aber schliesslich diese Bestimmung erhält, sind keine Ausnahmen. Feilhalten und anschliessende Vermarktung solchen Materials ohne die Genehmigung des Züchters beschränkt den Züchter unangemessen in seinem Recht.

¹ Siehe auch Abschnitt 14 oben, wo die gleiche Änderung vorgeschlagen wird. (Anmerkung des Verbandsbüros)

² Es gibt eine Abweichung von der französischen Fassung dieses Satzes. Die französische Fassung enthält kein Äquivalent für die Wörter "als solches". (Anmerkung des Verbandsbüros)

Der neue Text, der oben vorgeschlagen wurde, sichert das Recht von Landwirten, Material, das in dem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb erzeugt wurde, zu benutzen, was in Übereinstimmung mit den Wünschen der nationalen Gesetzgeber steht.

Ein Vorteil des vorgeschlagenen neuen Wortlauts dürfte darin liegen, dass klargestellt wird, dass dieses Aufbewahren von Saatgut in all den Fällen der vorherigen Genehmigung des Züchters bedarf, in denen es, ohne dass das Saatgut als solches vermarktet wird, Ausmasse angenommen hat, die diese Tätigkeit zu einem Handel auf gewerblicher Stufe werden lassen.

FIS (Dokument DC/7, Anlage IV, Seiten 9 und 12)

Es wird bemerkt, dass die Bemerkungen zu Dokument IRC/V/2 noch Geltung haben. In diesen Bemerkungen wurde folgende Auffassung vertreten: Bei der Ausarbeitung des Übereinkommens sei es nicht gelungen, klarzustellen, dass eine "gewerbliche Vermehrung" (z.B. in Fällen, in denen eine Konservenfirma Saatgut zur Weitergabe an Hersteller des Endprodukts produziere) unter den Schutzzumfang falle. Vermehrungen dieser Art würden nicht für "Zwecke des gewerblichen Absatzes von Saatgut", sondern genauer "für gewerbliche Zwecke" vorgenommen.

17. Artikel 5 Absatz 1 (Vierte Frage: "Landwirtsprivileg")

FIS (Dokument DC/7, Anlage IV, Seite 9)

Der Diplomatischen Konferenz sollte eine Empfehlung unterbreitet werden, in der die Verbandsstaaten gebeten werden, den Handel von Landwirt zu Landwirt in einer Weise zu regeln, dass er engen Begrenzungen unterworfen wird. Diese Begrenzungen sollten ein Verbot einschliessen, dieses Material feilzuhalten oder sonstwie so aufzutreten, als wenn es sich bei dem Landwirt um einen Saatgutkaufmann handle.

ASSINSEL (siehe Abschnitt 16 oben)

18. Artikel 5 Absatz 1 (Fünfte Frage: Schutz von Jungpflanzen)

Frankreich (Dokument RC/ad hoc/4, Anlage)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seiten 8 und 9)

Der Schutz von Jungpflanzen würde automatisch sichergestellt, wenn in dem Satz "Zu dem vegetativen Vermehrungsmaterial gehören auch ganze Pflanzen" das Wort "vegetativen" gestrichen würde.

Sollte es allerdings sicher sein, dass diese Änderung die Ratifizierung oder den Beitritt zu dem revidierten Text des Übereinkommens gefährden würde, so könnte die ASSINSEL einer Empfehlung zu dieser Frage zustimmen.

Empfehlungen, die an Stelle eines verbesserten Wortlauts des Übereinkommens vorgesehen werden, sollten indes nach Ansicht der ASSINSEL nur begrenzt ins Auge gefasst werden.

FIS (Dokument DC/7, Anlage IV, Seiten 9 und 11)

Es wird festgestellt, dass die Bemerkungen zu Dokument IRC/V/2 noch Gültigkeit besitzen. In diesen Bemerkungen wurde gesagt, dass die Frage des Schutzes von Jungpflanzen nicht den einzelnen Verbandsstaaten zur Entscheidung überlassen werden sollte, da es sich hier um ein Grundprinzip des Sortenschutzes handle.

19. Artikel 5 Absatz 1 (Sechste Frage: Benutzung des Endproduktes als Vermehrungsmaterial)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 9)

FIS (Dokument DC/7, Anlage IV, Seite 9)

ASSINSEL schlägt vor, den dritten Satz wie folgt zu fassen:

"Das Recht des Züchters erstreckt sich auf [Zier-] Pflanzen oder deren Teile, die üblicherweise nicht zu Vermehrungszwecken gewerbsmässig vertrieben werden, falls sie als Vermehrungsmaterial zur Erzeugung von [Zier-] Pflanzen [oder Schnittblumen] gewerbsmässig verwendet werden."

FIS schlägt vor, den Wortteil "Zier" zu streichen, sodass der vorgeschlagene Wortlaut mit dem oben wiedergegebenen Wortlaut identisch wäre, allerdings mit der Ausnahme, dass der Schluss lauten würde: "zur Erzeugung von Pflanzen oder Schnittblumen gewerbsmässig verwendet werden."

Begründung: Seit Abfassung des Übereinkommens sind neue Techniken entwickelt worden, die es ermöglichen, dass auch andere - vegetativ und generativ vermehrte - Pflanzen als Zierpflanzen in der Weise hergestellt werden, dass man "Pflanzen und deren Teile, die üblicherweise nicht zu Vermehrungszwecken gewerblich vertrieben werden, ... verwendet".

20. Artikel 5 Absatz 1 (Siebte Frage: Redaktion)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 1)

Es wird vorgeschlagen, den ersten Satz wie folgt neu zu fassen:

"Der Schutz des [Das dem Züchter einer Sorte gewährte] Rechts hat die Wirkung, dass die [seine] vorherige Zustimmung des Züchters erforderlich ist, um generatives oder vegetatives Vermehrungsmaterial seiner [der] Sorte als solches..."

Begründung: Es handelt sich um eine Folge der zu Artikel 1 vorgeschlagenen Neufassung. Ausserdem sollte die Terminologie des Übereinkommens harmonisiert werden, indem der Begriff "Schutz des [eines, seines] Rechts" allgemein verwendet wird.¹

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 1).

Es wird vorgeschlagen, die Wörter "einer Sorte" in dem Ausdruck "der Züchter einer Sorte" zu streichen, da Artikel 1 Absatz 1 bestimmt, dass das Wort "Züchter" sich auf den "Züchter einer neuen Pflanzensorte oder sein[en] Rechtsnachfolger" bezieht.

¹ Die gleiche Begründung wird für die Änderung einer Reihe anderer Bestimmungen des Übereinkommens vorgebracht. Sie wird in diesem Dokument nicht wiederholt. (Anmerkung des Verbandsbüros)

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 1)

Es wird vorgeschlagen, im letzten Satz den Begriff "vegetativ" einzuführen; der letzte Satz würde in diesem Falle wie folgt lauten: "Das Recht des Züchters erstreckt sich auf Zierpflanzen oder deren Teile, die üblicherweise nicht zu Vermehrungszwecken gewerbsmässig vertrieben werden, falls sie als vegetatives Vermehrungsmaterial zur Erzeugung von Zierpflanzen oder Schnittblumen gewerbsmässig verwendet werden." Dieser Vorschlag führt zu keiner Änderung der französischen Fassung.

Der Ausschuss könnte auch eine andere Lösung erwägen, die darin bestehen würde, dass der englische und der deutsche Wortlaut unverändert blieben, und im französischen Wortlaut der Ausdruck "matériel de reproduction ou de multiplication" verwendet würde. Dies würde zu einer sachlichen Änderung des Übereinkommens führen.

21. Artikel 5 Absatz 3

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 2)

Siehe die englische und die französische Fassung dieses Dokuments. Der Vorschlag, das Wort "initiale" im französischen und das Wort "initial" im englischen Text zu streichen, hat keine Auswirkung auf den deutschen Wortlaut, der aus sprachlichen Gründen eine andere, gleichwertige Formulierung benutzt, noch auf die Fassung des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe a.

22. Artikel 5 Absatz 4

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 1)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 4 wie folgt neu zu fassen:¹

"Jeder Verbandsstaat kann... für bestimmte botanische Gattungen oder Arten... Rechtsschutz gewähren, der über den in Absatz 1 bezeichneten Rechtsschutz hinausgeht und sich insbesondere bis auf das gewerbsmässig vertriebene Erzeugnis erstrecken kann. Ein Verbandsstaat, der einen solchen Rechtsschutz gewährt, kann diesen auch auf Angehörige der Verbandsstaaten, die einen gleichen Rechtsschutz gewähren, beschränken..."

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 2)

Es wird vorgeschlagen, in dem Begriff "botanische Gattung oder Art" das Wort "botanische" zu streichen, da es nach Artikel 2 Absatz 3 in diesem Übereinkommen nunmehr ausdrücklich gestattet werden soll, das Übereinkommen lediglich auf einen Teil einer botanischen Gattung oder Art anzuwenden.

23. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 9)

Dem neuen Wortlaut von Absatz 1 Buchstabe a, in dem unter anderem der Gedanke zum Ausdruck gebracht wird, dass nicht alle Unterschiede zwischen einer Sorte, für die Schutz beantragt wird, und bekannten Sorten automatisch zum Schutz führt, wird zugestimmt.

¹ Ersetzung des Begriffs "Recht" durch "Rechtsschutz" sowie Anpassung des Textes.

24. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b (Erste Frage: Offenbarung)

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seite 5)

Es wird für notwendig gehalten, klarzustellen, zu welchem Stadium die Offenbarung festgestellt wird, wobei der langen Zeit der "Vorvermehrung" Rechnung getragen werden muss, die mit dem Zeitpunkt beginnt, in dem der Züchter an seine Lizenznehmer Vermehrungsmaterial übergibt, und in dem Augenblick endet, in dem die Sorte auf den Markt gebracht wird.

Es wird in Erinnerung gerufen, dass ein Gegensatz zu dem Gebiet der gewerblichen Erfindungen besteht: dort kann schon der bloße Anblick oder die reine Beschreibung der Erfindung genügen, um der Öffentlichkeit zu ihr Zugang zu geben, sodass hierin eine Offenbarung gesehen werden kann; eine Sorte kann dagegen nur als offenbart angesehen werden, wenn Vermehrungsmaterial selbst wirksam der Öffentlichkeit mit Zustimmung des Züchters zugänglich gemacht worden ist.

25. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b (Zweite Frage: Vertrieb von Sorten)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 9)

Es wird vorgeschlagen, den Eingangsteil des ersten Satzes wie folgt zu fassen:

"(b) Am Tag der Einreichung der Schutzrechtsanmeldung in einem Verbandsstaat darf Vermehrungsmaterial der [die] Sorte

[(i)... noch nicht feilgehalten ... worden sein.]"

26. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b (Dritte Frage: Neuheitsschonfrist)

Frankreich (Dokument RC/ad hoc/4, Anlage)

Es wird befürchtet, dass die Einführung einer einjährigen Neuheitsschonfrist nach dem Vorbild des amerikanischen Rechts eine Quelle von Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen herbeiführen wird. Das folgende könnte veranlasst werden:

(i) Streichung des Satzteils "oder, wo das Recht dieses Verbandsstaates dies vorsieht, nicht seit mehr als einem Jahr" in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer i;

(ii) Verlängerung der Prioritätsfrist nach Artikel 12 auf zwei Jahre, um den Züchtern zu helfen und ihnen die Befugnis zu geben, ihre Sorten im Ausland gewerbmässig zu erproben;

(iii) Einführung eines neuen Artikels in den Schlussbestimmungen, der es Staaten, welche die Neuheitsschonfrist vor Unterzeichnung der revidierten Akte des Übereinkommens unterzeichnet haben, erlaubt, diese Frist beizubehalten.

Schweden (Dokument DC/6, Anlage V, Seite 1)

Die Neuheitsschonfrist wird nicht sehr befürwortet; es wird jedoch kein Widerspruch erhoben, da die Möglichkeit, eine Neuheitsschonfrist vorzusehen, für Staaten offengehalten werden muss, die eine Zugehörigkeit zum Übereinkommen ins Auge fassen.

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 2)

Der Grundsatz der Neuheitsschonfrist bis zu einem Jahr wird befürwortet.

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seite 5)

Es wird vorgeschlagen, die in Rede stehende Einjahresfrist "Ausnahmefrist" ("délai de franchise"), und nicht, Neuheitsschonfrist, ("délai de grâce") zu nennen.

27. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b (Vierte Frage: Sechsjahresfrist)

Schweden (Dokument DC/6, Anlage V, Seite 1)

Die Verlängerung auf sechs Jahre wird nicht für wünschenswert gehalten; ihr wird jedoch nicht widersprochen, da sie nur für Gruppen von Pflanzen vorgeschlagen wird, die in der Regel langsam wachsen.

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 2)

Die Verlängerung wird für wünschenswert gehalten.

28. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b (Fünfte Frage: Versuche, die das Recht auf Schutz nicht beeinträchtigen)

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 2)

Es wird vorgeschlagen, den zweiten Satz wie folgt neu zu fassen:

"Mit der Sorte vorgenommene Versuche, die ausser für Verbrauchertests kein Feilhalten [und keinen gewerblichen Vertrieb] beinhalten, beeinträchtigen nicht die Rechte auf Schutz [das Recht auf Schutz]."

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seite 2)

Der Satz "Mit der Sorte vorgenommenen Versuche... Recht auf Schutz." geht davon aus, dass ein Versuch, der ein Feilhalten oder einen Verkauf, selbst als notwendiges Element des Versuchs, einschliesst, das Recht auf Sortenschutz beeinträchtigen kann. Eine solche Auslegung widerspricht der Schlussfolgerung des Sachverständigenausschusses in den Erläuterungen zu diesem Artikel (Dokument IRC/VI/2), dass jeder Verbandsstaat selbst die Trennungslinie zwischen einer Benutzung zu Versuchszwecken und einem Vertrieb ziehen kann und muss. Eine Erklärung dieses Widerspruchs erscheint notwendig.

29. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b (Sechste Frage: Bekanntwerden der Sorte)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 9)

Es wird vorgeschlagen, den dritten Satz wie folgt zu fassen:

"Ebensowenig wird das Recht des Züchters auf Schutz durch die Tatsache beeinträchtigt, dass die Sorte auf andere Weise als durch Feilhalten oder gewerblichen Vertrieb mit Zustimmung des Züchters allgemein bekannt geworden ist."

30. Artikel 6 Absatz 1 (Siebte Frage: Redaktion)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 1)

Es wird vorgeschlagen, wo immer das Wort "Schutz" im Wortlaut erscheint, es durch die Wörter "eines Rechts" zu ergänzen, das bedeutet im deutschen Wortlaut in der Einleitung von Absatz 1, im letzten Unterabsatz von Absatz 1 Buchstabe b (zweimal) und in Absatz 2.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 1)

Es wird vorgeschlagen, die Wörter "einer Sorte" in dem einleitenden Satz von Absatz 1 in dem Ausdruck "der Züchter einer Sorte" zu streichen, da Artikel 1 Absatz 1 feststellt, dass das Wort "Züchter" sich auf den "Züchter einer neuen Pflanzensorte oder seine(n) Rechtsnachfolger" bezieht.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 2)

Siehe die englische Fassung dieses Dokuments.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 2)

Es wird vorgeschlagen, dass von dem Ausschuss geprüft wird, ob die Bezugnahme auf "Reben, Wald-, Obst- und Zierbäume einschliesslich ihrer Unterlagen" nicht in der Weise vereinfacht werden könnte, dass der Begriff "Reben und Bäume, einschliesslich ihrer Unterlagen" verwendet wird. Zunächst einmal ist zu sagen, dass die derzeitige Aufzählung - die offensichtlich Bäume aller Kategorien umfassen will - zu keinerlei rechtlichen Präzisierung des Wortlauts führt und somit überflüssig ist. Des weiteren könnte sich die Aufzählung als unvollständig erweisen und auf diese Weise zu einer Rechtsunsicherheit für solche Pflanzen führen, die Bäume sind, ohne zu den Forstbäumen, Obstbäumen oder Zierbäumen im traditionellen Sinne zu zählen. Schliesslich würde der Änderungsvorschlag den vorgeschlagenen Wortlaut vereinfachen.

31. Artikel 6 Absatz 1 (Achte Frage: Anwendung auf nationaler Ebene)

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seite 2)

Der Rat der UPOV hat, wie erinnärllich, entschieden, dass das Patent- und Warenzeichenamt die Vorschriften der Sektionen 102 und 103 der US-Patentgesetze aufgrund des Artikels 34A Absatz 2, der die Vorschriften von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a und b insoweit ersetzt, anwenden kann. Es wird ferner davon ausgegangen und es wird gebilligt, dass sich das Sortenschutzamt nicht auf diesen Artikel [34A] berufen kann. Von diesem Amt wird erwartet, dass es bei der Behandlung von Züchterrechten die Neuheit nach den Grundsätzen von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a und b beurteilt.

Das Landwirtschaftsdepartment ist sich darüber im klaren, dass die Sektion 42 des Sortenschutzgesetzes nicht die Vierjahresschranke enthält, die für die Schutzgewährung in Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii aufgestellt wird. In mehreren UPOV-Sitzungen hat sich dieses Department bereiterklärt, eine kleinere Änderung in Sektion 42 einzuführen, durch die eine Vierjahresschranke errichtet wird. Es ist der Auffassung, dass eine solche Änderung im Interesse des US-Saatguthandels liegt und erwartet keinen Widerstand bei ihrer Einführung.

Das Sortenschutzamt wird die Neuheitsschonfrist von Artikel 6 in Anspruch nehmen, obwohl dieser Artikel nicht die Neuheitsschädlichkeit wegen einer [offenkundigen Vorbenutzung oder eines früheren Bekanntseins der Sorte vorsieht. Nach Auffassung des Landwirtschaftsdepartments der Vereinigten Staaten von Amerika sind diese Gründe für eine Neuheitsschädlichkeit in Wirklichkeit im Saatguthandel nicht von praktischer Bedeutung. Abgesehen von Erprobungsmassnahmen macht der Handel ausserhalb des Inverkehrbringens neue Sorten nicht bekannt. Das Landwirtschaftsdepartment wird deshalb eine Änderung des Sortenschutzgesetzes anstreben, durch die die Vorteile der Neuheitsschonfrist auf das Feilhalten und den Vertrieb einer neuen Sorte beschränkt werden.

32. Artikel 7 (Erste Frage: Zusammenarbeit bei der Prüfung)

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seiten 5 und 6)

Man könnte sich das folgende System vorstellen:

(i) Die Anwendung der Übereinkommensvorschriften auf eine bestimmte Art würden für die Zeit nach acht Jahren für alle Verbandsstaaten zwingend vorgeschrieben, wenn einer von ihnen Prüfungsmöglichkeiten für die besagte Art geschaffen hat (siehe Abschnitt 12 oben);

(ii) Haben mehrere Verbandsstaaten Prüfungsmöglichkeiten für eine bestimmte Art eröffnet, so würde jeder Verbandsstaat verpflichtet sein, für Zwecke seines eigenen Verfahrens die Prüfung in solchen Prüfungsanlagen anzuerkennen, ohne Rücksicht darauf, ob diese in seinem eigenen Hoheitsgebiet oder ausserhalb seines Hoheitsgebietes vorgenommen wurde.

Begründung: Die der Erteilung vorausgehende Prüfung behindert zur Zeit sowohl den Beitritt vieler Staaten zum Übereinkommen von 1961 als auch in den Verbandsstaaten selbst die Ausdehnung des Schutzes auf eine grössere Anzahl von Arten. Die Prüfung ist noch für die Züchter zu kostspielig und beschränkt die Zahl der Sorten, für die Schutzrechtsanmeldungen eingereicht werden. Diesen Schwierigkeiten könnte durch das oben vorgeschlagene System abgeholfen werden.

Es wird auch auf einige internationale Vereinbarungen, insbesondere auf das Münchner Übereinkommen über das europäische Patent vom 5. Oktober 1973 und das Budapester Abkommen über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für Zwecke des Patentverfahrens vom 28. April 1977 verwiesen.

33. Artikel 7 (Zweite Frage: Vorläufiger Schutz)

Frankreich (Dokument RC/ad hoc/4, Anlage)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 3 wie folgt neu zu fassen:

"(3) In der Zeit von der Hinterlegung des Antrags auf Schutz einer neuen Sorte bis zur Entscheidung über diesen Antrag trifft jeder Verbandsstaat Massnahmen zum Schutz des Züchters oder seines Rechtsnachfolgers gegen missbräuchliches Verhalten Dritter [statt: kann... treffen]."

Begründung: Es erscheint unerlässlich, die Sorte in der in diesem Absatz ins Auge gefassten Zeit wenigstens vorläufig zu schützen.

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 10)

Es wird vorgeschlagen, eine Empfehlung anzunehmen, in der den Verbandsstaaten angeraten wird, ein System eines vorläufigen Schutzes nach den Grundzügen des [französischen] Systems anzunehmen.

34. Artikel 7 (Dritte Frage: Redaktion)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 1)

Es wird vorgeschlagen, nach dem Wort "Schutz" in Absatz 1 das Wort "eines Rechts" einzufügen. Ferner wird vorgeschlagen, in Absatz 3 nach den Wörtern "des Antrags auf Schutz" die Wörter "eines Rechts an" und nach den Wörtern "zum Schutz" die Wörter "des Rechts" einzufügen.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 2)

Es wird vorgeschlagen, in Absatz 1 in dem Begriff "botanische Gattung oder Art" das Wort "botanische" zu streichen. Es wird ferner vorgeschlagen zu erwägen, ob der Begriff nicht durch "Sorte" ersetzt werden sollte; in diesem Fall würde der zweite Satz von Absatz 1 lauten:

"Die Prüfung muss der einzelnen Sorte [[botanischen] Gattung oder Art] unter Berücksichtigung ihres üblichen Vermehrungssystems angepasst sein."

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Seite 3)

Es wird vorgeschlagen, in Absatz 2 den Begriff "Staat" durch "Verbandsstaat" zu ersetzen.

35. Artikel 7 (Vierte Frage: Vom Rat zur Kenntnis genommene Erklärung)

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seite 2)

Es wird davon ausgegangen, dass sowohl das Patent- und Warenzeichenamt als auch das Sortenschutzamt ihre Prüfungsverfahren gemäss der Ratserklärung (zehnte ordentliche Tagung) zu diesem Artikel durchführen werden.

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 2)

Der Ratserklärung (zehnte ordentliche Tagung) wird zugestimmt. Auf der Grundlage dieser Erklärung können Versuche auf den Feldern des Züchters stattfinden, sofern sie nur unter der Aufsicht der nationalen Prüfungsbehörden durchgeführt werden. Dies würde die Prüfungskosten erheblich senken.

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 9)

Der Erklärung wird zugestimmt.

FIS (Dokument DC/7, Anlage IV, Seite 9)

Es wird die Hoffnung ausgesprochen, dass die Auslegung von Artikel 7 den Anschluss der Vereinigten Staaten von Amerika an die UPOV zur Folge haben wird.

36. Artikel 8 (Erste Frage: Erstreckung der Schutzdauer)

Frankreich (Dokument RC/ad hoc/4, Anlage)

Es wird die Ansicht vertreten, dass die Schutzdauer für nicht gewerblich vertriebene Inzuchtlinien und Einfachhybriden, die für die Herstellung von Doppel- und Dreiweghybriden verwendet werden, einer Überprüfung bedarf. Es mag vielleicht nicht erforderlich sein, das Übereinkommen hierzu zu ändern, aber eine Empfehlung zu diesem besonderen Fall könnte wenigstens ins Auge gefasst werden.

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 10)

Es wird angeregt, dass kurzfristig die Mindestschutzdauer in dem Übereinkommen für bestimmte Arten verlängert werden könnte, nämlich für Kartoffeln, mehrjährige Gräser und Klee, sowie Obstbaumarten.¹

¹ In der französischen Fassung "arbres fruitiers," in der englischen Fassung "plantation crops." (Anmerkung des Verbandsbüros).

37. Artikel 8 (Zweite Frage: Einheitliche Schutzdauer)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 10)

Es wird die Ansicht vertreten, dass eine einheitliche Schutzdauer, die in allen Verbandsstaaten der UPOV zur gleichen Zeit beginnen und enden würde, erwünscht wäre. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der Einführung eines solchen Systems wird der Vorschlag als mittel- bis langfristiger Plan unterbreitet.

38. Artikel 8 (Dritte Frage: Redaktion)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 2)

Es wird vorgeschlagen, den ersten Satz wie folgt zu fassen:

"Der Schutz eines [Das dem Züchter gewährte] Rechts besteht für eine beschränkte Zeitdauer [wird für eine beschränkte Zeitdauer erteilt]."

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 2)

Es wird vorgeschlagen, zu prüfen, ob die Bezugnahme auf "Reben, Wald-, Obst- und Zierbäume einschliesslich ihrer Unterlagen" nicht zur Vereinfachung durch den Begriff "Reben und Bäume, einschliesslich ihrer Unterlagen" ersetzt werden könnte. Zur Begründung wird auf Absatz 30 oben verwiesen.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 3)

Es wird vorgeschlagen, den dritten Satz zur Vereinfachung wie folgt zu fassen: "Für Reben... darf sie nicht kürzer als 18 Jahre, gerechnet von diesem Zeitpunkt an, sein"; die zu ersetzende Fassung lautet: "Für Reben... beträgt die Mindestschutzdauer nicht weniger als 18 Jahre, gerechnet von diesem Zeitpunkt an." Dieser Vorschlag betrifft nicht die französische Fassung.

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 2)

Die Änderung zu Artikel 8 wird befürwortet, soweit sie die Unterlagen von Zierpflanzen miteinbezieht.

39. Artikel 9 (Weite Verbreitung)

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 2)

Es wird vorgeschlagen, den folgenden Absatz 3 anzufügen:

"(3) Die Verbandsstaaten stellen sicher, dass geschütztes Material nicht von dem Züchter ohne Grund zurückgehalten oder seine weitere Verbreitung widersinnigen Bedingungen unterworfen wird."

Begründung: "Die weite Verbreitung" sollte nicht durch dem Erzeuger auferlegte widersinnige Forderungen des Züchters behindert werden, gleichgültig ob es sich um Forderungen finanzieller, rechtlicher oder praktischer Art handelt und ob sie sich auf das Vermehrungsmaterial oder das Endprodukt beziehen.

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 10)

Es wird angeregt, die Wörter "zu dem Zweck, die Verbreitung der neuen Sorte sicherzustellen," in Absatz 2 zu streichen.

Begründung: In allen Fällen, in denen die Ausübung des Ausschliessungsrechts aus Gründen des öffentlichen Interesses eingeschränkt wird, sollte der Züchter Anspruch auf eine angemessene Entschädigung haben.

40. Artikel 10 (Erste Frage: Auslegung)

Vereinigte Staaten von Amerika (RC/ad hoc/5, Anlage, Seite 2)

In mehreren UPOV Sitzungen haben die Delegationen der Vereinigten Staaten ihre Sorge über den einschränkenden Charakter von Artikel 10 zum Ausdruck gebracht. Dieser Artikel trägt der Tatsache nicht Rechnung, dass Patentrechte in den Vereinigten Staaten abgeändert und für nichtig erklärt werden können, um einer Verletzung der Kartellgesetze Rechnung zu tragen. Das gleiche trifft zweifellos auch für Sortenschutzsertifikate zu, obwohl diese Frage noch nicht gerichtlich hängig war.

Dieser offensichtliche Widerspruch zwischen Artikel 10 und der Kartellrechtsprechung wird unter Berufung auf Artikel 9 gelöst. Artikel 9 lässt es zu oder schreibt sogar vor, dass Züchterrechte im öffentlichen Interesse beschränkt werden. Verletzungen der Kartellgesetze beeinträchtigen ganz offensichtlich das öffentliche Interesse und eine für diesen Zweck vorgesehene Abhilfe würde Artikel 10 nicht verletzen. Diese Auffassung zu dem Verhältnis zwischen Artikel 9 und 10 hat indes nirgendwo seinen Niederschlag gefunden.

41. Artikel 10 (Zweite Frage: Redaktion)

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seiten 2 und 3)

In der englischen Fassung kann Absatz 2 so ausgelegt werden, dass er eine zuständige Behörde ermächtigt, Vermehrungsmaterial anzufordern und das Züchterrecht aufzuheben, wenn diese Forderung nicht erfüllt wird. Liest man den Absatz in dieser Weise, so wird sein Verhältnis zu Absatz 3 recht unklar.

Könnte Absatz 2 nicht so geändert werden, dass klargestellt wird, dass er mit Massnahmen zur Erhaltung der Sorten im Sinne von Absatz 3 nichts zu tun hat? Dies könnte in der Weise geschehen, dass die Wörter "wenn er nicht in der Lage ist, der zuständigen Behörde das Vermehrungsmaterial vorzulegen" in Absatz 2 durch "wenn er kein Vermehrungsmaterial mehr besitzt" ersetzt werden.

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 2)

Wo immer die Wörter "das Recht" im Wortlaut erscheinen, sind sie durch die Wörter "der Schutz eines Rechts" zu ersetzen.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 3)

Siehe die englische Fassung des Dokuments.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/6)

Es wird vorgeschlagen, das letzte Wort des Absatzes 2 im deutschen Wortlaut ("erlangen") durch "erzeugen" zu ersetzen.

42. Artikel 10 (Dritte Frage: Anwendung auf nationaler Ebene)

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seite 3)

Dem Grundsatz des Absatzes 2, dass Züchterrechte an einer Sorte nicht aufrechterhalten werden sollten, wenn der Züchter die Sorte nicht mehr herstellen kann, wird zugestimmt. Diese Bestimmung wird dahin verstanden, dass sie dem Züchter in einem Streit über die Gültigkeit des Rechts die Beweislast aufbürdet. Diese Beweislast könnte im US Pflanzenpatentrecht nicht auferlegt werden. Benutzer des Pflanzenpatentsystems haben indes darauf hingewiesen, dass ihre gesetzlichen Rechte und das gesamte System verbessert werden könnten, wenn die Aufbewahrung einer Probe des Vermehrungsmaterials gefordert würde. Vergleichsweise verlangt das Recht über mikrobiologische Erfindungen die Aufbewahrung und Zurverfügungstellung der Mikroorganismen, auf die sich der Patentinhaber bezieht.

Es wird angenommen, dass einer entsprechenden Änderung des US Patentgesetzes keine ernsthaften Widerstände entgegengesetzt würden. Eine solche Änderung könnte vorsehen, dass ein Pflanzenpatentinhaber sein Recht auf Schutz einbüßen würde, wenn er sich weigert oder nicht in der Lage ist, eine Probe der geschützten Sorte einem Gericht, das über die Gültigkeit des Patents zu entscheiden hat, oder einer gehörig ermächtigten Regierungsstelle zu unterbreiten.

43. Artikel 11 (Erste Frage: Auslegung)

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seite 3)

Dieser Artikel gibt dem Züchter einer neuen Sorte das Recht zu entscheiden, in welchem Verbandsstaat der UPOV er zuerst um Pflanzenzüchterrechte nachsuchen wird. Die Sektionen 184 bis 186 der US Patentgesetze verlangen jedoch, dass der Züchter um eine Genehmigung nachsucht, wenn er seine erste Schutzrechtsanmeldung in einem ausländischen Staat einreichen will. Diese Sektionen tragen der Tatsache Rechnung, dass die Regierung die Übermittlung von Informationen, die die nationale Sicherheit beeinträchtigen könnten, ins Ausland überwachen muss.

Ähnliche Überlegungen ergeben sich auch im Anwendungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums]. Obwohl die Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] keine besonderen Bestimmungen enthält, wonach ein Staatsangehöriger eines Mitgliedsstaats befugt ist, eine Patentanmeldung zuerst in einem anderen Mitgliedsstaat einzureichen, sind die Prioritätsrechtlichen Bestimmungen immer dahin verstanden worden, dass sie eine solche Befugnis beinhalten. Ein Staatsangehöriger eines Verbandsstaats, der seine erste Anmeldung in einem anderen Verbandsstaat einreicht, kann das Prioritätsrecht in seinem eigenen Staat auf der Grundlage der Erstanmeldung in Anspruch nehmen. Es wird ferner davon ausgegangen, dass das Recht, eine Patentanmeldung im Rahmen der Pariser Verbandsübereinkunft im Ausland einzureichen, aus Gründen der nationalen Sicherheit eingeschränkt oder aufgehoben werden kann, obwohl die Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] eine Bestimmung über das öffentliche Interesse entsprechend dem Artikel 9 des UPOV-Übereinkommens nicht enthält. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Sektionen 184 bis 186 der US Patentgesetze sich ebenso mit Artikel 11 vereinbaren lassen, wie diese Sektionen mit der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] vereinbar sind.

44. Artikel 11 (Zweite Frage: Redaktion)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 2)

Zu Absatz 1 siehe die englische Fassung.

Absatz 2 ist wie folgt zu ändern: "Der Züchter... ohne abzuwarten, bis ihm der Verbandsstaat der ersten Anmeldung ein besonderes Schutzrecht oder ein Patent erteilt hat."

In Absatz 3 sind nach dem Wort "Schutz" die Wörter "eines Rechts" einzufügen.

Begründung: Zu den Vorschlägen zu den Absätzen 1 und 3 siehe Abschnitt 20 oben. Zum Vorschlag zu Absatz 2 wird daraufhingewiesen, dass nach den Artikeln 2 Absatz 1 und 34A Schutz unter der Form eines besonderen Schutzrechtstitels oder eines Patents erteilt werden kann. Es ist deshalb nicht ganz richtig, in Artikel 1 Absatz 2 nur auf eine dieser Formen zu verweisen. Zur Klarstellung sollte vor dem Wort "Schutzrecht" das Wort "besonderes" eingefügt werden.

45. Artikel 12 Absatz 1 (Erste Frage: Verlängerung der Prioritätsfrist)

Frankreich (Dokument RC/ad hoc/4, Anlage)AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 2)CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seiten 6 und 7)

Es wird vorgeschlagen, die Prioritätsfrist von 12 auf 24 Monate zu verlängern.

Begründung:Frankreich: Siehe Abschnitt 26 oben.

CIOPORA: Zusätzlich zu technischen Testmassnahmen müssen Markttests durchgeführt werden, um festzustellen, ob der eine oder andere Markt die Sorte annimmt. Diese Markttests können eine Offenbarung zum Gegenstand haben und benötigen durchweg mehr als ein Jahr, während die Prioritätsfrist nur ein Jahr dauert. Die "Ausnahmefrist" (Neuheitsschonfrist), die einige nationale Rechte vorsehen, gibt keine Sicherheit gegen die Risiken einer solchen Offenbarung in den Ländern, in denen solche Fristen nicht vorgesehen sind.

Die meisten Pflanzenzüchter verfügen nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um zur Sicherung ihrer Interessen Schutz in allen UPOV-Verbandsstaaten zu beantragen, solange sie nicht über eine angemessene Sicherheit verfügen, dass ihre Sorte in jedem dieser Staaten angenommen wird.

46. Artikel 12 Absatz 1 (Zweite Frage: Berechnung der Prioritätsfrist)¹ASSINSEL (DC/7, Anlage III, Seite 11)

Es wird vorgeschlagen, den letzten Satz von Absatz 1 wie folgt zu fassen:

"Die [Der] Tage der Einreichung werden [wird] nicht in die Frist eingerechnet."

¹ Siehe auch Abschnitt 49 unten.

47. Artikel 12 (Dritte Frage: Vierjahresfrist)

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seiten 3 und 4)

Absatz 3 sieht eine Vierjahresfrist vor, innerhalb derer der Züchter Vermehrungsmaterial jedem auswärtigen Prüfungsamt zu unterbreiten hat, bei dem er das Prioritätsrecht in Anspruch nimmt. Dieses Material wird benötigt, um Anbauprüfungen durchzuführen. Die Prüfung der Anmeldung auf die Erteilung von Züchterrechten kann nicht beginnen, bevor das Material nicht eingegangen ist.

Die Delegationen der Vereinigten Staaten von Amerika haben in UPOV-Sitzungen ausgeführt, dass eine solche Vierjahresfrist nur Bedeutung hat, wenn das Vermehrungsmaterial durch das Prüfungsamt Anbauprüfungen unterzogen wird. Werden regierungsseitig keine Prüfungen durchgeführt, wie dies in den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall sein würde, so besteht kein Grund für ein Prüfungsamt, bis zu vier Jahren zu warten, bevor mit der Prüfung einer Sortenschutz- oder Patentanmeldung begonnen werden kann.

Der Rat hat der Auffassung zugestimmt, dass von den Vereinigten Staaten von Amerika nicht verlangt werden sollte, die Prüfung einer solchen Anmeldung aufzuschieben. Diese Übereinstimmung der Auffassungen verträgt sich jedoch nicht mit dem neuen Wortlaut von Absatz 3. Die mangelnde Übereinstimmung könnte dadurch behoben werden, dass das Ende des ersten Satzes von Absatz 3 wie folgt gefasst würde: "... und das für die Anbauprüfung erforderliche Material..."

48. Artikel 12 (Vierte Frage: Redaktion)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 2)

In den Absätzen 1, 2 und 3 sind in der englischen Fassung hinter dem Wort "protection" die Wörter "of his right" einzufügen. Für die deutsche Fassung ist in Dokument DC/3 bereits die Verwendung des Begriffs "Schutzrechtsanmeldung" (oder eines ähnlichen Begriffs) vorgeschlagen worden.

49. Artikel 12 (Fünfte Frage: Verhältnis zu Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums - Anwendung auf nationaler Ebene)

Vereinigte Staaten von Amerika (Dokument RC/ad hoc/5, Anlage, Seiten 3 und 4)

Dieser sehr komplizierte Artikel betrifft das Prioritätsrecht und entspricht Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums]. Die Voraussetzungen und Bedingungen zur Erlangung dieses Rechts unterscheiden sich allerdings in beiden Übereinkommen in mehrfacher Hinsicht. Die Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] verlängert das Prioritätsjahr, wenn der letzte Tag auf einen Feiertag oder auf einen Tag fällt, an dem das Prüfungsamt geschlossen ist. Ferner braucht die Priorität nach der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] nicht auf die zuerst eingereichte Anmeldung gestützt zu werden, wenn diese Anmeldung aufgegeben worden ist und keine restlichen Rechte bestehen geblieben sind. Keiner dieser Vorteile ist für die Züchter nach dem UPOV-Übereinkommen vorgesehen.

Es gibt ferner Unterschiede zwischen den Übereinkommen, was die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für die Erlangung des Prioritätsrechts betrifft. Das UPOV-Übereinkommen gewährt einem Züchter nur eine Dreimonatsfrist nach Einreichung einer ausländischen Anmeldung, um eine Abschrift der Heimateanmeldung dem ausländischen Amt einzureichen. Die Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] stellt demgegenüber hierfür keine zeitliche Begrenzung auf. Ausserdem gibt das UPOV-Übereinkommen einem Prüfungsamt nicht die Befugnis, eine beglaubigte Übersetzung der Heimateanmeldung zu verlangen.

Es wird davon ausgegangen, dass formlos vereinbart worden ist, dass das Patent- und Warenzeichenamt weiterhin die Bedingungen und Voraussetzungen der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] auf Angehörige von Staaten, die dieser Pariser Verbandsübereinkunft angehören und ein Prioritätsrecht in den USA in Anspruch nehmen, anwenden wird. Das Sortenschutzamt wird Artikel 12 des UPOV-Übereinkommens anwenden. Eine zweckdienliche Niederschrift über dieses Einverständnis ist erforderlich.

50. Artikel 13 (Erste Frage: Terminologie)

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seite 7)

Es wird vorgeschlagen, die Wörter "dénomination" im französischen Wortlaut und "denomination" im englischen Wortlaut durch "désignation" im französischen Wortlaut und "designation" im englischen Wortlaut zu ersetzen.

Begründung: Für viele Züchter ist es bereits feststehende Praxis, Zahlen für die Kennzeichnung ihrer Sorten zu verwenden (siehe den vorgeschlagenen neuen Artikel 36A).

51. Artikel 13 (Zweite Frage: Zweck der Sortenbezeichnung)

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seite 7)

Für den französischen Wortlaut wird folgende Fassung für Absatz 1 vorgeschlagen:

"(1) Une variété doit être référéncée [désignée] par une désignation [dénomination]."

Begründung: Für viele Züchter ist es bereits feststehende Praxis, Zahlen für die Kennzeichnung ihrer Sorten zu verwenden (siehe den vorgeschlagenen neuen Artikel 36A).

52. Artikel 13 (Dritte Frage: Nur aus Zahlen bestehende Sortenbezeichnungen)

CIOPORA (Dokument RC/7, Anlage V, Seite 7)

Es wird vorgeschlagen, den zweiten Unterabsatz von Absatz 2 zu streichen, wodurch der vorgeschlagene neue Artikel 36A¹ entbehrlich würde.

¹ Es scheint, dass die Wörter "sie darf insbesondere nicht ausschliesslich aus Zahlen bestehen" im ersten Unterabsatz - oder vielleicht nur diese - nach dem Vorschlag gestrichen werden sollten.

Begründung: Für viele Züchter ist es bereits feststehende Praxis, Zahlen für die Kennzeichnung ihrer Sorten zu verwenden (siehe den vorgeschlagenen neuen Artikel 36A).

FIS (Dokument DC/7, Anlage IV, Seite 9)

Es wird vorgeschlagen, das Verbot, dass eine Sortenbezeichnung nicht lediglich aus Zahlen bestehen darf, zu streichen.

Begründung: Einige der gegenwärtigen Sortenbezeichnungen lassen sich viel schwieriger merken als eine Zahl. Ausserdem gestattet das Übereinkommen die Benutzung von Handelsnamen, die zu der Sortenbezeichnung hinzugefügt werden können. Eine Kombination einer Zahl und eines Handelsnamens führt den Verbraucher viel weniger in die Irre, als dies zwei Namen tun würden.

53. Artikel 13 (Vierte Frage: Verhältnis zwischen Sortenbezeichnungen und Marken)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 11)

Es wird die Auffassung vertreten, dass keine Notwendigkeit für die vielen Vorschriften über Sortenbezeichnungen und Marken in dem Übereinkommen besteht. Ein einfacher Absatz, der feststellt, dass der Züchter eine Sortenbezeichnung zu unterbreiten hat, die nicht irreführend oder verwechslungsfähig ist, würde genügen. Es könnte vielleicht nützlich sein, einen Absatz anzufügen, der sich auf der Linie des gegenwärtigen Absatzes 6 bewegt, um in den Vertragsstaaten identische (und aus diesem Grund irreführende oder verwechslungsfähige) Sortenbezeichnungen zu vermeiden.

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seiten 7 und 8)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 4 Buchstabe a (in Dokument DC/4) entweder zu streichen oder durch den ersten Teil von Absatz 3 im gegenwärtigen Wortlaut zu ersetzen, der wie folgt lautet:

"Der Züchter oder sein Rechtsnachfolger darf als Sortenbezeichnung für eine neue Sorte weder eine Bezeichnung hinterlegen, für die er in einem Verbandsstaat den den Fabrik- oder Handelsmarken gewährten Schutz für Erzeugnisse genießt, die im Sinne des Markenrechts gleich oder gleichartig sind, noch eine mit dieser Marke verwechslungsfähige Bezeichnung."

Begründung: Sortenbezeichnungen und Marken haben einen völlig unterschiedlichen Zweck. Die Hinterlegung einer "Marke" in einem Nichtverbandsstaat, die mit einer Sortenbezeichnung in einem Verbandsstaat identisch ist, erscheint sinnlos, da nach dem Markenrecht eine solche Bezeichnung nicht als Marke registriert würde, da sie eine Gattungsbezeichnung und notwendige Bezeichnung der Sorte ist.

Der vorgeschlagene Absatz 4 Buchstabe a verewigt die Verwirrung zwischen Sortenbezeichnungen und Marken, die die anderen Bestimmungen, die in Dokument DC/4 vorgeschlagen werden, gerade aus guten Gründen beseitigen wollen.

Kanada (Dokument DC/6, Anlage III)

Die Auferlegung von Verpflichtungen auf dem Gebiet der Marken ist unerwünscht, und die vorgeschlagenen Änderungen zu Artikel 13, wie sie in Dokument DC/3 beschrieben werden, werden nicht unterstützt, da es der Zweck des Übereinkommens ist, "dem Züchter... ein Recht... zu sichern".

Die zu Artikel 13 in Dokument DC/4 vorgeschlagenen Änderungen werden unterstützt.

AIPH (Dokument DC/7, Anlage I, Seite 2)

Der neue Wortlaut von Artikel 13 Absatz 4¹ wird als Verbesserung angesehen, jedoch würde die Vermeidung jeder Bezugnahme auf Marken und eine dementsprechende Änderung der Richtlinien für Sortenbezeichnungen vorzuziehen sein.

Schweden (Dokument DC/6, Anlage V, Seiten 1 und 2)

Die dahingehende Änderung, dass der Züchter nicht mehr verpflichtet wird, auf sein Recht an einer Marke zu verzichten, sondern nur gehindert wäre, dieses Recht geltend zu machen, kann befürwortet werden, wobei davon ausgegangen wird, dass jeder Staat frei wäre, auch in Zukunft den Verzicht auf das Recht an der Marke zu fordern. Die Änderung, dass die beschriebene Regel nur in den Verbandsstaaten gelten würde, in dem die Gattung oder Art, zu dem die Sorte gehört, geschützt wird, und nicht in allen Verbandsstaaten, ist nicht annehmbar. Diese Änderung steht nach Ansicht Schwedens im Widerspruch zu dem Grundsatz des Markenrechts, das eine Bezeichnung, die in einem Staat eine Gattungsbezeichnung ist, in keinem Staat Gegenstand von Markenrechten sein kann, soweit sie sich auf Erzeugnisse bezieht, die denjenigen, für die die Bezeichnung eine Gattungsbezeichnung ist, ähnlich sind.

54. Artikel 13 (Fünfte Frage: Alternativen in Absatz 4 Buchstabe a in Dokument DC/4)

AIPPI (Dokument DC/7, Anlage II, Seiten 3 und 4)

Der Alternative 2 ("in diesem Staat") wird der Vorzug gegeben. Alternative 3 wird zurückgewiesen, weil hiernach andere Rechte in Ländern, in denen es keinen Sortenschutz gibt, unnötigerweise behindert würden.

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 11)

Wird der Vorschlag, der in Abschnitt 53 oben wiedergegeben wird, nicht angenommen, so wird der Alternative 2 und, als zweite Wahl, der Alternative 1 ("in einem Verbandsstaat, der die Bestimmungen des Übereinkommens auf die Gattung oder Art anwendet, zu der die Sorte gehört") der Vorzug gegeben.

Bangladesh (Dokument DC/8, Anlage I)

Alternative 1 wird der Vorzug gegeben.

FIS (Dokument DC/4, Seite 9)

Alternative 1 wird als logische Folge des während der dritten Tagung des Sachverständigenausschusses für die Auslegung und Revision des Übereinkommens gemachten Vorschlages der Vorzug gegeben.

Kanada (Dokument DC/6, Anlage III)

Alternative 3 ("in jedem Verbandsstaat") wird der Vorzug gegeben.

Schweden (Dokument DC/6, Anlage V, Seite 2)

Es wird die Ansicht vertreten, dass allein Alternative 3 annehmbar ist.

¹ Offensichtlich der neue Wortlaut in Dokument DC/3.

55. Artikel 13 (Sechste Frage: Übersetzung von Sortenbezeichnungen)

CIOFORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seiten 8 und 9)

Es wird vorgeschlagen, dass der Satzteil "... eine Übersetzung der ursprünglichen Sortenbezeichnung oder..." gestrichen wird.

Begründung: Wie zu den Vorschlägen unter den Absätzen 1, 2 und 4 (siehe die Abschnitte 50 und 53 oben). Zusätzlich wird es für absolut notwendig gehalten, dass die Sortenbezeichnung in allen Verbandsstaaten der UPOV völlig identisch ist, um die Kontrolle der Echtheit der Sorte in allen Staaten zu überwachen, in denen die Sorte vertrieben wird. Allein Zahlen und Buchstaben- Zahlenkombinationen scheinen eine wirklich internationale Identifizierung zu gestatten.

56. Artikel 13 (Siebte Frage: Benutzung von Sortenbezeichnungen)

FIS (Dokument DC/7, Anlage IV, Seiten 9 und 12)

Es wird festgestellt, dass die Bemerkungen zu Dokument IRC/V/2 noch Gültigkeit besitzen. In diesen Bemerkungen war angeregt worden, dass die Verpflichtung zur Benutzung der Sortenbezeichnung auf die Verbandsstaaten beschränkt werden sollte, die das Übereinkommen auf die betreffende Gattung oder Art anwenden.

AIPPI (Dokument DC/7, Anlage II, Seite 4)

Der neue Wortlaut von Absatz 7 in Dokument DC/4 wird gutgeheissen.

57. Artikel 13 (Achte Frage: Alternativen in Absatz 8 Buchstabe b in Dokument DC/4)

Sri Lanka (Dokument DC/8, Anlage II)

Artikel 13 ist annehmbar, wenn in Absatz 8 Buchstabe b die Alternative 2 ("in diesem Staat") angenommen wird.

AIPPI (Dokument DC/7, Anlage II, Seite 4)

Der Alternative 2 wird der Vorzug gegeben. Alternative 3 ("in jedem Verbandsstaat") wird in beiden Fällen zurückgewiesen.

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 11)

Alternative 2 wird für den ersten Fall der Vorzug gegeben.

Was den zweiten Fall anbetrifft, so ist ASSINSEL nicht bereit, eine Auswahl zu treffen, da sie sich nicht für berechtigt hält zu erklären, dass seine Mitglieder nicht Rechte in Anspruch nehmen werden, die sich aus anderen Übereinkommen oder aus den nationalen Gesetzen ergeben, insbesondere wenn der Wortlaut so allgemein gehalten ist, wie in Dokument DC/4.

FIS (Dokument DC/7, Anlage IV, Seite 9)

Alternative 1 ("in jedem Verbandsstaat, der das Übereinkommen auf die Gattung oder Art anwendet, zu der die Sorte gehört") wird in beiden Fällen der Vorzug gegeben.

Bangladesh (Dokument DC/8, Anlage I)

Der Alternative 1 wird der Vorzug gegeben.

Kanada (Dokument DC/6, Anlage III)

Alternative 3 ("in jedem Verbandsstaat") wird in beiden Fällen der Vorzug gegeben und die Streichung der Bezugnahme auf Marken wird unterstützt.

58. Artikel 13 (Neunte Frage: gleichzeitige Verwendung der Sortenbezeichnung und eines anderen Zeichens)

Bangladesh (Dokument DC/8, Anlage I)

Eine Streichung der Wörter in eckigen Klammern von Absatz 9 in Dokument DC/4 wird nicht befürwortet.

Kanada (Dokument DC/6, Anlage III)

Es wird nachdrücklich gefordert, dass der zweite Satz von Absatz 9 in Dokument DC/4, der in eckige Klammern gesetzt wurde ("wird eine solche Angabe hinzugefügt, so muss die Sortenbezeichnung leicht erkennbar sein"), aufgenommen wird.

AIPPI (Dokument DC/7, Anlage II, Seite 4)

Es wird vorgeschlagen, die ersten Wörter in eckigen Klammern in Absatz 9 in Dokument DC/4 ("wenn die Sorte feilgehalten oder vertrieben wird") beizubehalten und den zweiten Satz in eckigen Klammern zu streichen.

CIOPORA (Dokument DC/7, Anlage V, Seite 9)

Es wird vorgeschlagen, den zweiten Satz von Absatz 9 in Dokument DC/4 zu streichen.

Sri Lanka

Artikel 13 (in Dokument DC/4) ist annehmbar, wenn die Wörter in eckigen Klammern gestrichen werden.

59. Artikel 13 (Zehnte Frage: Redaktion)

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 3)¹

Es wird vorgeschlagen, Absatz 1 wie folgt neu zu fassen:

"(1) Die [Eine] Sorte ist mit einer Sortenbezeichnung zu kennzeichnen."

Begründung: Während der derzeitige Wortlaut dahin ausgelegt werden könnte - oder logisch sogar müsste - dass er sich auf jede Sorte bezieht, gleichgültig ob das Übereinkommen auf sie angewandt wird oder nicht, würde der dem Vorschlag entsprechende geänderte Text sich eindeutig auf die Sorten beziehen, auf die das Übereinkommen angewandt wird.

¹ Weiterer redaktioneller Vorschlag für die englische Fassung (Überschrift: Variety Denomination).

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 3)

Da es durch Absatz I klargestellt ist, dass eine Sorte, die Gegenstand einer Schutzrechtsanmeldung ist - oder für die ein Schutzrecht gewährt worden ist - mit einer Sortenbezeichnung gekennzeichnet wird und dass die Gesamtheit des Artikels 13 auf eine solche Sorte anwendbar ist, erscheint es nicht mehr notwendig, nach dem Wort "Sortenbezeichnung" den Ausdruck "der Sorte" oder ähnliche Ausdrücke anzufügen. Wegen der hiernach möglichen Vereinfachungen wird auf Anlage II von Dokument RC/ad hoc/2 verwiesen.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 3)

Wegen des Vorschlags zur Neufassung der englischen Fassung von Absatz 5 siehe die englische Fassung dieses Dokuments.

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 2)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 7 in der Fassung des Dokuments DC/4 wie folgt neu zu fassen:

"(7) Wer in einem Verbandsstaat Vermehrungsmaterial einer [in diesem Staat geschützten] Sorte, für die in diesem Staat der Schutz eines Rechtes besteht, feilhält oder gewerbsmässig vertreibt, ist verpflichtet, die Sortenbezeichnung auch nach Ablauf des Schutzes des Rechts an dieser Sorte zu benutzen..."

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 11)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 8 Buchstabe b (in Dokument DC/4) unmittelbar an Absatz 1 anzuschliessen, da es notwendig erscheint, zunächst die Frage der Natur der Sortenbezeichnungen (Namen) zu beantworten, bevor etwas über Marken gesagt wird.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 3)

Wegen des Vorschlags zu der englischen und der französischen Fassung des Absatzes 9 wird auf die englische und die französische Fassung dieses Dokuments verwiesen.

60. Artikel 14 Absatz 1

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 3)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 1 wie folgt neu zu fassen:

"(1) Der [Das dem Züchter] nach dem Übereinkommen gewährte Schutz eines Rechts ..."

Begründung: Siehe Abschnitt 15 oben. Die Wörter "dem Züchter" erscheinen überflüssig.

61. Artikel 21 (Erste Frage: Aufgaben des Rats)

Kanada (Dokument DC/5, Anlage III)

Der in Verbindung mit der Alternativfassung von Artikel 13 in Dokument DC/4 gemachte Vorschlag, einen Unterabsatz an Artikel 21 anzufügen, wonach die Aufgaben des Rats die Funktion umfassen würden, Verfahrensvorschriften für die gegenseitige Unterrichtung der Behörden von Verbandsstaaten über Sortenbezeichnungen anzunehmen, wird befürwortet.

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 4)

Es wird vorgeschlagen, Punkt c wie folgt zu ergänzen:

"(c) er erteilt dem Generalsekretär... alle erforderlichen Richtlinien einschliesslich derjenigen, welche die Verbindung mit den innerstaatlichen [Behörden] und internationalen Stellen betreffen."

Begründung: Die UPOV verhandelt mehr und mehr mit anderen internationalen Stellen, und der Rat könnte wünschen, den Generalsekretär auch in bezug auf solche Verhandlungen anzuweisen. "Nationale Stellen" umfassen nationale Behörden und andere Stellen.

62. Artikel 21 (Zweite Frage: Redaktion)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 4)

Es wird vorgeschlagen, das Wort "Aufgaben" im Titel und in der Einleitung durch das Wort "Funktionen" zu ersetzen. Dies erscheint zutreffender.

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 4)

Es wird vorgeschlagen, Punkt g wie folgt zu ändern:

"(g) Er ernennt den Generalsekretär; falls er dies für notwendig hält, ernennt er [nach Konsultierung des Generalsekretärs und] mit [dessen] Zustimmung des Generalsekretärs einen Stellvertretenden Generalsekretär; er setzt die Einstellungsbedingungen von beiden fest."

Begründung: "Mit Zustimmung des Generalsekretärs" bedeutet in jedem Fall, dass vorher Konsultationen stattgefunden haben.

63. Artikel 23 Absatz 1

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 4)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 1 wie folgt zu vereinfachen:

"(1) Das Verbandsbüro [hat] erledigt alle Aufträge und Aufgaben [zu erledigen]..."

64. Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe b

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 3)

Siehe die englische Fassung dieses Dokuments.

65. Artikel 29

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 3)

Es wird vorgeschlagen, die Überschrift wie folgt zu ändern:

"Besondere Abmachungen zum Schutz von Rechten [Pflanzenzüchtungen]."

Es wird ferner vorgeschlagen, den Wortlaut dieses Artikels wie folgt zu ändern:

"Die Verbandsstaaten behalten sich das Recht vor, untereinander zum Schutz von Rechten an Pflanzenzüchtungen..."

66. Artikel 30 Absatz 1

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 3)

Es wird vorgeschlagen, den zweiten Unterabsatz von Absatz 1 wie folgt zu ändern:

"Er (Vorschlag Südafrikas für die englische Fassung: (Each member State of the Union) verpflichtet sich insbesondere,

(a) den Angehörigen der übrigen Vertragsstaaten die geeigneten Rechtsmittel zu gewährleisten, die ihnen eine wirksame Wahrung der in diesem Übereinkommen vorgesehenen für sie geschützten Rechte ermöglichen;

(b) eine besondere Behörde für die Anerkennung und den Schutz von Rechten an Pflanzenzüchtungen einzurichten oder eine bereits bestehende Behörde hiermit zu beauftragen;

(c) die öffentliche Bekanntmachung von Mitteilungen über diesen Schutz, zumindest die periodische Veröffentlichung des Verzeichnisses der erteilten besonderen Schutzrechte und Patente, sicherzustellen."

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 4)

Siehe die englische Fassung dieses Dokuments.

67. Artikel 30 Absatz 2

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 4)

Es wird vorgeschlagen, das Wort "etwaige" als überflüssig und in Vertragstexten unüblich zu streichen. Dieser Vorschlag führt zu keiner Änderung der englischen Fassung.

68. Artikel 32 Absatz 3

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 3)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 3 wie folgt neu zu fassen:

"(3) Ein Staat, der dem Verband nicht angehört [und diese Akte nicht unterzeichnet hat], bittet den Rat vor Hinterlegung seiner Ratifizierungs- oder Beitrittsurkunde um Äusserung, ob seine Gesetze mit dieser Akte vereinbar sind..."

Begründung: Es ist nicht ersichtlich, warum Staaten, die die Akte unterzeichnet haben, von dem genannten Erfordernis freigestellt sind. Es wird die Auffassung vertreten, dass das gleiche Bedürfnis besteht, die Gesetzgebung solcher Staaten genau zu überprüfen.

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seiten 11 und 12)

Der neue Wortlaut wird unterstützt.

Es würde allerdings vorgezogen werden, wenn ein Verfahren ausgearbeitet werden könnte, wonach ASSINSEL zu dem Beitritt von Staaten konsultiert werden könnte, wobei eine Entscheidung seines zuständigen Organs ausreichend wäre. Zu dem Wortlaut des Übereinkommens wird kein Vorschlag gemacht.

Begründung: Die Liste der zu schützenden Arten wird abgeschafft, und eine grosse Freiheit wird in dem Übereinkommen dem nationalen Gesetzgeber gelassen. Selbst heute wird trotz dem Übereinkommen der Begriff "öffentliches Interesse", wie er in Artikel 9 niedergelegt worden ist, auf verschiedene Weise ausgelegt, was dazu führt, dass die nationalen Schutzsysteme grundlegend verschieden sind. Zweck der Konsultation wäre es sicherzustellen, dass die praktische Auswirkung der vergrösserten Mitgliederschaft in der UPOV so weitgehend wie möglich in Übereinstimmung mit den Zielen des Übereinkommens steht.

69. Artikel 32A Absatz 2 (Artikel 33 Absatz 2 in Dokument DC/5)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 3)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 2 wie folgt neu zu fassen:

"(2) Für jeden Staat, der seine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, nach dem die in Absatz 1 Ziffern i und ii genannten Bedingungen erfüllt sind..."

Begründung: Die Änderung wird klarstellen, auf welche Bedingungen Bezug genommen wird, und es wird die Möglichkeit ausgeschlossen, dass der Einleitungssatz für diesen Zweck mit in Betracht gezogen wird, was natürlich nicht die Absicht ist.

70. Artikel 32B Absatz 2 (Artikel 34 Absatz 2 in Dokument DC/5)

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 4)

Der erste Teil von Absatz 2 kann dadurch vereinfacht werden, dass der Teil "zwar das Übereinkommen von 1961, geändert durch die Zusatzakte von 1972, jedoch" gestrichen wird; denn es ist selbstverständlich, dass ein Verbandsstaat, für den die revidierte Akte nicht verbindlich ist, früheren Akten angehört; hierbei kann es sich nur um das Übereinkommen von 1961 und, mit Ausnahme eines Verbandsstaates zur Zeit der Abfassung dieses Dokuments, die Zusatzakte von 1972 handeln.

Wegen eines weiteren Vorschlages, der nur die englische Fassung betrifft, siehe die englische Fassung dieses Dokuments.

Mit den Folgeänderungen würde Absatz 2 wie folgt lauten:

"(2) Jeder Verbandsstaat, für den diese Akte nicht verbindlich ist, ("erstgenannter Staat") kann in einer an den Generalsekretär gerichteten Note erklären, dass er das Übereinkommen von 1961, geändert durch die Zusatzakte von 1972, im Verhältnis zu jedem anderen Staat anwenden wird, für den diese Akte verbindlich ist und der ein Verbandsstaat durch Ratifikation oder Beitritt zu dieser Akte geworden ist ("letztgenannter Staat");..."

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass im ersten Halbsatz der drei Fassungen des Satzteils "der ein Verbandsstaat durch Ratifikation oder Beitritt zu dieser Akte geworden ist" nicht in allen Fassungen die gleiche Zeit verwendet wird.

71. Artikel 33 (Artikel 35 in Dokument DC/5)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 3)

Es wird vorgeschlagen, die Überschrift wie folgt neu zu fassen:

"Mitteilungen über die [schutzzfähigen] Gattungen und Arten, in bezug auf die der Schutz von Rechten vorgesehen ist; zu veröffentlichende Informationen."

Es wird weiter vorgeschlagen, Punkt iv von Absatz 2 wie folgt neu zu fassen:

"(iv) über jeden Fall, in dem von der in Artikel 5 Absatz 4 Satz 1 vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, unter Angabe der Art des[r] weitergehenden Schutzes von Rechten und unter Hinweis auf die Gattungen und Arten, auf die sich ein solcher erweiterter Schutz von Rechten bezieht [solche Rechte beziehen]."

72. Artikel 34A (Artikel 37 in Dokument DC/5)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seiten 6 und 7)

Es wird vorgeschlagen, den Titel wie folgt neu zu fassen:

"Ausnahmeregelung für den Schutz von Rechten unter zwei Schutzrechtsformen."

Es wird ferner vorgeschlagen, Absatz 1 wie folgt neu zu fassen:

"(1) Ungeachtet des Artikels 2 Absatz 1 kann jeder Staat, der zum Zeitpunkt der Auflegung dieser Akte zur Unterzeichnung Schutz von Rechten unter den unterschiedlichen Schutzrechtsformen, auf die in dem genannten Artikel verwiesen wird, für generativ vermehrte und vegetativ vermehrte Sorten... vorsieht..."

Begründung: Siehe Abschnitt 20 oben.

Die Bezugnahme auf die Schutzrechtsformen sollte präzisiert werden, um jede Möglichkeit auszuschliessen, dass dieser Absatz auf andere Schutzrechtsformen als die in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten ausgedehnt wird.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 4)

Es wird vorgeschlagen, in dem Ausdruck "des Generalsekretärs des Verbands" die Wörter "des Verbands" zu streichen, da diese Verdeutlichung in den anderen Artikeln fehlt.

73. Artikel 36 (Artikel 39 in Dokument DC/4)

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 12)

Wird der in Abschnitt 40 wiedergegebene Vorschlag angenommen, so ist dieser Artikel überflüssig.

Wird beschlossen, den neuen Wortlaut des Artikels 13 auf die Fassung von Dokument DC/4 zu stützen, so wird vorgeschlagen, den zweiten Teil des ersten Satzes von Absatz 1 wie folgt neu zu fassen:

"...so kann er entweder auf den Markenschutz in diesem Staat verzichten oder an Stelle der bisherigen eine neue Sortenbezeichnung für die Sorte hinterlegen."

74. Artikel 36A (Artikel 40 in Dokument DC/5)

Kanada (Dokument DC/6, Anlage III)

Was Kanada anbetrifft, so ist der vorgeschlagene neue Artikel 36A unnötig.

ASSINSEL (Dokument DC/7, Anlage III, Seite 12)

Wird der Vorschlag in Abschnitt 53 angenommen, so wird dieser Artikel überflüssig, was als im Interesse des Übereinkommens liegend angesehen wird.

Verbandsbüro (Dokument RC/ad hoc/2, Anlage I, Seite 4)

Zu dem Vorschlag, in der englischen und französischen Fassung den Titel neu zu fassen, siehe die englische und französische Fassung dieses Dokuments.

75. Artikel 40 Absatz 4 (Artikel 44 Absatz 4 in Dokument DC/5)

Südafrika (Dokument DC/6, Anlage I, Seite 7)

Es wird vorgeschlagen, Absatz 4 wie folgt neu zu fassen:

"(4) die Kündigung lässt jedlichen Schutz von Rechten unberührt, der [die] auf Grund dieses Übereinkommens an der Sorte vor Ablauf des Tages erworben worden ist [sind], an dem die Kündigung wirksam wird."

[Ende des Dokuments]